

# Blickpunkt Europa

## Europapolitisches Magazin

Ausgabe 17 | Dezember 2014



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr 2014 neigt sich langsam dem Ende zu. Zeit für eine neue Ausgabe meines Infomagazins „Blickpunkt Europa“. Themenschwerpunkte dieser Ausgabe sind u. a. die Flüchtlings- und Asylpolitik sowie die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Hierzu lege ich Ihnen unsere sozialdemokratischen Positionen dar.

Am 1. November hat die neue EU-Kommission um Kommissionspräsident Juncker ihren Dienst angetreten. Kurz zuvor hatte das Europäische Parlament über deren Besetzung abgestimmt. Ich stelle Ihnen die Kommissare vor, berichte von den Anhörungen im Vorfeld der Abstimmung und lege dar, was die Europäischen Sozialdemokraten von der neuen Kommission erwarten.

Zudem berichte ich über Termine im Europäischen Parlament und vor Ort sowie über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel.

**Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und eine schöne Vorweihnachtszeit!**

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

## Wir haben die Weichen gestellt – nun muss die neue EU-Kommission liefern

**Anfang November 2014 hat die neue EU-Kommission unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ihre Arbeit aufgenommen. Zuvor hatte das Europäische Parlament die Kommission Ende Oktober bestätigt.**

Zwei Anwärter auf den Kommissars-Posten waren bei uns während der Anhörungen schlichtweg „durchgefallen“. Die designierte Vizepräsidentin für die Energie-Union, die Slowenin Alenka Bratušek, konnte die SPD-Europaabgeordneten in den Ausschüssen für Energie und Umwelt nicht überzeugen. Auf unseren Druck hin ersetzte Juncker sie durch Violeta Bulc, die nun zukünftig das Dossier Transport übernimmt. Unsere Kritik an der schwachen Leistung des ungarischen Kandidaten Tibor Navracsics bei der Anhörung im Kulturausschuss führte außerdem dazu, dass das Dossier Bürgerschaft aus seinem Portfolio gestrichen wurde. Zuvor hatten wir bereits durchgesetzt, dass nachhaltige Entwicklung als neues zentrales Politikfeld in die Kommission eingebaut und dem ersten Vizepräsidenten, dem Sozialdemokraten Frans Timmermans, anvertraut wurde.

Mit unserer kritischen Haltung während der Anhörungen der einzelnen Kommissare und unseren kontinuierlichen Forderungen nach Investition in Arbeitsplätze und soziale Nachhaltigkeit haben wir unsere Erwartungen an die neue Kommission deutlich gemacht. Nun ist es an der Kommission, Grundlagen für ein gemeinsames engagiertes Handeln in Europa zu schaffen.

Mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingszahlen und sich wiederholende Flüchtlingsdramen vor Europas Grenzen brauchen wir eine gemeinsame Antwort aller Mitgliedstaaten in der EU-Flüchtlingspolitik. Zudem bedarf es eines vernetzteren und strategischeren Ansatzes in der Migrationspolitik, unter Einschluss verschiedener Politikbereiche.

Als SozialdemokratInnen werden wir zudem nicht hinnehmen, dass aktuelle Debatten um EU-Bürger, die für Kampfhandlungen nach Syrien reisen und entweder radikalisiert bzw. desillusioniert oder traumatisiert zurückkehren, ausgenutzt werden, um Pläne zu verstärkter Überwachung beispielsweise in Form eines EU-Fluggastdatensystems im Schnelldurchgang durchzudrücken. Notwendig ist nicht nur eine schon lange geforderte Evaluierung aller bestehenden Maßnahmen; die massenhafte und anlasslose Erhebung und Speicherung von Daten widerspricht europäischen Grundrechten, wie der Europäische Gerichtshof in einem Urteil im April 2014 bestätigt hat. Wir fordern daher hohe EU-Datenschutzstandards, bevor wir irgendeiner Form von EU-Datensystemen zustimmen. Eine entsprechende Reform wird jedoch seit drei Jahren von den Mitgliedstaaten blockiert.

Vor Juncker und seinem Team liegt also viel Arbeit, der nur ein engagiertes und verantwortungsbewusstes Gesamtkonzept gerecht werden wird. Wir SozialdemokratInnen werden die neue EU-Kommission daher weiterhin kritisch beobachten. Halbherzigkeiten oder puren Aktionismus werden wir nicht akzeptieren.

# Freihandelsabkommen TTIP und CETA: Befürchtungen ernst nehmen!

**Die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) bzw. Kanada (CETA) werden derzeit kontrovers diskutiert – nicht nur im Europäischen Parlament sondern insbesondere auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern.**

Die Verhandlungen zum Abkommen CETA sind bereits abgeschlossen. Beim EU-Kanada-Gipfel Ende September wurde der Vertragstext offiziell vorgestellt. Seit Juli 2013 finden Gespräche zwischen Vertretern der EU-Kommission und den USA zum Handels- und Investitionsabkommen TTIP statt. Bei beiden Abkommen geht es um den Abbau von Zollbarrieren, von nicht-tarifären Handelshemmnissen und Kooperationen bei der Standardsetzung. Beide Seiten erhoffen sich jeweils positive Effekte auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Für beide Abkommen gilt: Ohne eine Zustimmung des Europäischen Parlaments können diese nicht in Kraft treten.

Wir Sozialdemokraten vertreten im Falle von CETA und TTIP eine klare Haltung: Die Beibehaltung europäischer Standards, insbesondere mit Blick auf Datenschutz, Arbeitsbedingungen, Verbrauchersicherheit, Umwelt, öffentliche Daseinsvorsorge und kulturelle Vielfalt muss sichergestellt wer-

den. Das ist für uns nicht verhandelbar. Der zwischen Kommission und Vertretern Kanadas ausverhandelte Text zum Abkommen CETA lässt derzeit keine Gefahr für eine Aufweichung europäischer Standards vermuten. Allerdings haben wir Sozialdemokraten die Formulierungen dazu genau im Blick und werden den endgültigen Text nach Abschluss des Abkommens und Unterzeichnung durch den Ministerrat dahingehend genau prüfen und bewerten.

Ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS), der es Investoren bei einer vermeintlichen Verletzung ihrer Investorenrechte ermöglichen würde, die EU oder ihre Mitgliedstaaten jenseits vom normalen juristischen Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten auf Entschädigung für entgangene Gewinne oder Enteignung zu verklagen, darf nicht Bestandteil der Freihandelsabkommen sein. Ein solcher Mechanismus der außergerichtlichen Schiedsbarkeit ist zwischen entwickelten Rechtssystemen nicht notwendig. Die neue EU-Kommission, insbesondere die zuständige Handelskommissarin Cecilia Malmström und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, täten gut daran, hier gleichfalls eine eindeutige, rote Linie zu ziehen.

Um eine breite Debatte über die tatsächlichen Inhalte des TTIP-Abkommens zu ermöglichen, sollten grundsätzliche Verhandlungsdokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es reicht bei weitem nicht aus, dass ein Teil der Europaabgeordneten seit einiger Zeit erste konsolidierte Vertragstexte aus den Verhandlungen einsehen kann. Immerhin haben die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten beschlossen, den Verhandlungsmandatstext zu veröffentlichen, der den Umfang der Verhandlungen mit den USA darlegt.

Auch darf es im Falle von TTIP keine Einrichtung eines sogenannten „Regulierungsausschusses“ oder eine „regulatorische Kooperation“ geben. Die Gesetzgebung liegt beim Europäischen Parlament und beim US-Kongress und darf auf keinen Fall durch regulatorische Entscheidungen von sogenannten Expertengremien vorweggenommen werden.

Unsere Position zu den Abkommen ist klar. Wir werden sämtliche Texte dahingehend genau prüfen. Die EU-Kommission muss jetzt beweisen, dass sie willens ist, unsere Forderungen auch umzusetzen. Ansonsten werden wir die Abkommen ablehnen.

## Besucher im Parlament



Viele Besucherinnen und Besucher kommen und kamen auch im letzten Quartal des Jahres nach Brüssel und Straßburg, um sich über das Europäische Parlament und meine politische Arbeit als Europaabgeordnete zu informieren. Mitte Oktober habe ich eine Besuchergruppe u. a. aus dem Kreis Olpe und der Stadt Hagen im Straßburger Parlament empfangen. Ebenfalls nach Straßburg kam eine Gruppe aus Ostwestfalen-Lippe.

Anfang November bekam ich in Brüssel Besuch von der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. Im Dezember organisieren zudem die Ev. Jugendhilfe Hagen/Iserlohn sowie die Gesamtschule Bad Sassendorf Fahrten nach Brüssel, in deren Rahmen auch ein Besuch des Europäischen Parlaments geplant ist. Ich freue mich auf die Gespräche mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Am 2./3. Dezember führe ich eine weitere Besucherfahrt mit Gästen aus Ostwestfalen-Lippe durch.

# Wir brauchen eine bessere Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa!

In vielen Ländern der Welt, auch in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, herrschen Armut, Krieg und Zerstörung in einem Ausmaß, das Menschen in die Flucht treibt. Ende 2013 waren laut UNHCR-Bericht insbesondere aufgrund des Kriegs in Syrien 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht – 6 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Viele flüchten zunächst in benachbarte Staaten. Allein im Libanon befinden sich derzeit über 850.000 Flüchtlinge, in Jordanien über 640.000. Das sind hohe Zahlen, insbesondere im Vergleich zu den Einwohnerzahlen dieser Länder. Ein Teil dieser Flüchtlinge kommt auch nach Deutschland und Europa. In unserem Land werden in 2014 rund 200.000 Asylbewerber erwartet.

Viele Flüchtlinge gelangen über das Meer nach Europa. Nach der schrecklichen Katastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa im Oktober 2013, bei der fast 400 Menschen ums Leben kamen, hat die italienische Regierung die Seenotrettungsaktion „Mare Nostrum“ ins Leben gerufen, durch die bereits viele Menschen gerettet werden konnten. Mit der Mission „Triton“ der europäischen Grenzschutzagentur Frontex seit dem 01. November will die EU Grenzschutz und Seenotrettung im Mittelmeerraum stärker europäisch regeln. Allerdings wird die Mission das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum nicht ersetzen können. Sie ist nicht mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet und Frontex verfügt zudem nicht über das notwendige Mandat, um die Ziele von Mare Nostrum in gleicher Form umzusetzen. Frontex-Schiffe werden nicht einmal annähernd so nah an die libysche Grenze kommen dürfen wie die auf Seenotrettung ausgerichtete italienische Marine. Die notwendigen Mittel für einen größeren Umfang von Triton müssten aus den Mitgliedstaaten kommen – bisher ist hierzu jedoch keine Bereitschaft zu erkennen.

Zudem reicht Seenotrettung nicht aus. Wir Sozialdemokraten setzen uns für einen planbaren, umfassenden Ansatz in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Dabei ist es zunächst wichtig, dass alle Instrumentarien des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die zu einer weiteren Angleichung der Standards z. B. bei Asylverfahren führen sollen, vollständig und fristgerecht in den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden.

Wir fordern weiterhin einen europäischen Verteilungsschlüssel, der eine faire und solidarische Verteilung der Asylbewerber in den europäischen Mitgliedstaaten regelt. Derzeit ist die Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens durch die Dublin-III-Verordnung geregelt, die besagt, dass derjenige Mitgliedstaat für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig ist, über den der Antragsteller eingereist ist. Staaten an den europäischen Außen-



grenzen wie Italien und Griechenland stehen daher unter besonderem Druck. Das führt wiederum zum Teil dazu, dass diese Länder einen Teil der neu Ankommenden einfach weiterschicken. Ein europäischer Verteilungsschlüssel würde allen Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland eine berechenbare Planung ihrer Hilfeleistungen erlauben. Für die Umsetzung dieser Forderung brauchen wir angesichts des derzeitigen Widerstandes der Mitgliedstaaten auch die Unterstützung durch die Kommission. Es bleibt daher abzuwarten, ob der neue Innenkommissar Dimitris Avramopoulos seine Ankündigung aus den Anhörungen im Europäischen Parlament, die Dublin-Vorgaben überprüfen zu wollen, tatsächlich umsetzt.

Weiterhin müssen wir sichere Wege nach Europa schaffen. Dazu gehört auch die Stärkung bereits vorhandener Instrumente, um Schutzsuchende direkt aus einem Drittstaat nach Europa zu holen – z. B. durch humanitäre Visa, die ihnen die Einreise aufgrund von Krieg oder unmittelbarer individueller Gefährdung in ihrem Heimatland erlauben. So soll verhindert werden, dass Flüchtlinge sich in die Hände krimineller Schleuserbanden begeben und die gefährliche Fahrt auf überfüllten Booten über das Mittelmeer auf sich nehmen müssen.

Und schließlich müssen wir prüfen, ob die bestehenden Instrumente der legalen Zuwanderung wie Blue Card oder Saisonarbeit ausreichen bzw. ob sie in den Herkunftsländern bekannt sind. Wenn einerseits bei uns zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden und andererseits Menschen aus anderen Ländern hier arbeiten wollen, sollte ein effektiver Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt möglich sein.



# Termine im Europäischen Parlament und vor Ort

Die vergangenen Wochen im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg waren geprägt von vielen Terminen im Rahmen meiner neuen Funktion als Sprecherin/Koordinatorin meiner Fraktion im Innenausschuss. Hierbei standen insbesondere die Vor- und Nachbereitung der Anhörungen der neuen Kommissare im Mittelpunkt. Nach der Wahl der Kommission rückt nun wieder die legislative Arbeit in den Fokus: Flüchtlings- und Asylpolitik, weitere Stärkung von Verfahrensrechten in Strafverfahren und Datenschutz, etwa bei geforderten Fluggastdaten, sind hier nur einige thematische Schwerpunkte.

Mitte November habe ich die Asylunterkunft in Rüthen besucht. Nach einem Gespräch u. a. mit Vertretern der zuständigen Bezirksregierung sowie den einrichtungsbetreuenden Johannitern konnte ich mir ein direktes Bild von der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschaffen und u. a. bei der Essensausgabe helfen. Weitere Besuchstermine in südwestfälischen Asylunterkünften sind in Planung.

Bereits zum zweiten Mal habe ich Ende Oktober das Asylbewerberheim in Soest besucht, das in den vergangenen Monaten durch Wohncontainer erweitert wurde. Da die Stadt wie andere Kommunen in Südwestfalen auch mit einer steigenden Zahl von Asylbewerbern rechnet, will sie zeit-


nah weitere Unterbringungsmöglichkeiten anbieten.

Als Metallerin habe ich einen weiteren Termin sehr gerne zugesagt. DGB und VHS NRW organisieren einen Betriebsrätinnen-Tag, in diesem Jahr hat dieser zum dritten Mal stattgefunden. Ich wurde gebeten, die Leitung eines Fachforums zu übernehmen und habe mit sehr engagierten Teilnehmerinnen über Durchsetzungsstrategien für Frauen diskutiert.

Meine Mitgliedschaft in der Europa-Union führte mich schließlich nach Monheim am Rhein. Dort ging es um das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den

USA. Anfang Dezember wird es eine weitere Veranstaltung zu TTIP in meiner Heimatstadt Arnsberg geben.

Interessant wird sicher auch ein Termin in Frankfurt. Der Datenschutz-Beirat der Deutschen Bahn hat mich eingeladen, um über die Datenschutz-Grundverordnung zu diskutieren. Und immer wieder gerne besuche ich das Hubertus-Schwartz-Berufskolleg in Soest. Dieses plant eine Abschlussveranstaltung zu seinem Projekt „Aufbau eines Netzwerks zur Entwicklung einer Integrationskultur zwischen Schulen“ mit Partnern aus Vichy/Frankreich, das im Rahmen des EU-Bildungsprogramms COMENIUS durchgeführt wurde.



***Ich wünsche  
Ihnen eine schöne  
Adventszeit!***

## Impressum

### Verantwortlich

Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · D-59494 Soest  
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

### Redaktion

Europabüro Birgit Sippel

### Satz

ensemble»design, Soest/München

### Fotos

Susie Knoll (für den SPD-Parteivorstand), Europabüro Birgit Sippel,  
European Parliament / Audiovisual Services for Media



***... aus Südwestfalen,  
für Sie im Europäischen  
Parlament!***